

Telefon: 233-27677  
Telefax: 233-27966

**Referat für Arbeit  
und Wirtschaft**  
Wirtschaftsförderung  
Firmenbetreuung

**Petition der IG Metall München vom 18.01.2022: Erhalt der Teststrecke bei  
Krauss-Maffei Wegmann in Allach**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07310**

**Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 27.09.2022 (SB)**

Öffentliche Sitzung

**Kurzübersicht**

zur beiliegenden Beschlussvorlage

<b>Anlass</b>	Petition zum Erhalt der Panzerteststrecke bei Krauss-Maffei Wegmann in Allach.
<b>Inhalt</b>	Die Vorlage behandelt die Petition der IGM zum Erhalt der Panzerteststrecke von Krauss-Maffei Wegmann
<b>Gesamtkosten/ Gesamterlöse</b>	-/-
<b>Entscheidungsvorschlag</b>	Die Petition wird zur Kenntnis genommen.
<b>Gesucht werden kann im RIS auch nach</b>	Petition, Panzerteststrecke, Krauss-Maffei Wegmann
<b>Ortsangabe</b>	Stadtbezirk 23 Allach-Untermenzing

**Petition der IG Metall München vom 18.01.2022: Erhalt der Teststrecke bei  
Krauss-Maffei Wegmann in Allach**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07310**

1 Anlage

**Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 27.09.2022 (SB)**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag des Referenten**

Am 07.04.2022 wurden Herrn Oberbürgermeister Reiter bei einem Termin im Rathaus von der IG Metall eine Sammlung mit insgesamt 2729 Unterschriften übergeben, die sich auf den Erhalt der Teststrecke bei Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bezieht.

Die Petition hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage 1):

**„Erhalt der Teststrecke bei Krauss-Maffei Wegmann in Allach**

- Arbeitsplätze schützen
- Industriestandort erhalten
- Gewerbesteuererinnahmen sichern

Bei Krauss Maffei Wegmann in München Allach arbeiten über 1.600 Menschen, sie und ihre Existenzen müssen gesichert werden. Dies tarifgebundenen, guten und krisensicheren Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben.

Dafür ist der Erhalt und weitere Betrieb der seit 1964 auf dem Gelände betriebenen Teststrecke unerlässlich. Wir fordern deshalb die Landeshauptstadt München auf, alles notwendige für den Erhalt der Teststrecke zu tun und so die Arbeitsplätze zu sichern. Insbesondere fordern wir eine möglichst schnelle Bearbeitung des Genehmigungsverfahrens und eine zeitnahe Entscheidung des RGU ohne weitere Verzögerungen.

Für gute Arbeit in München.“

**1. Krauss-Maffei Wegmann (KMW) am Standort München Allach**

Die industriegeschichtlichen Wurzeln des Unternehmens reichen weit ins 19. Jahrhundert zurück, als Ritter von Maffei und von Krauss jeweils eigenständige Unternehmen im Bereich des Lokomotivenbaus gründeten. Im Zuge von Unternehmensübernahmen und Umstrukturierungen hat sich das Unternehmen in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts in München Allach auf die Produktion militärischer Fahrzeuge spezialisiert. Mit der Über-

nahme des militärischen Bereichs der Krauss-Maffei AG durch die Wegmann GmbH entstand 1999 Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und entwickelte sich seither zum Marktführer für hochgeschützte Rad- und Kettenfahrzeuge in Europa. Heute ist KMW ein Systemhaus, das mit mehr als 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 18 Standorten in Deutschland, Brasilien, Griechenland, Großbritannien, Mexiko, Singapur und den USA ein breit gestreutes Produktportfolio für den Militärssektor entwickelt, fertigt und betreut. Dazu zählen Kampfpanzer und Artilleriesysteme, Schützenpanzer, Flugabwehr-, Aufklärungs- und Brückenlegesysteme sowie luftverladbare und hochgeschützte Radfahrzeuge. Zudem verfügt KMW über weitreichende Systemkompetenzen in ziviler und militärischer Simulation, bei Führungssystemen sowie bei fernbedienbaren Lafetten mit Aufklärungs- und Beobachtungseinrichtungen.

KMW mit Firmensitz in München Allach ist seit 2015 Teil des deutsch-französischen wehrtechnischen Konzerns KNDS (KMW + NEXTER Defense Systems), der an 33 Standorten weltweit präsent ist und dessen Eigentümer jeweils zu 50% der französische Staat und die deutsche Familieneigentümer-Gesellschaft Wegmann sind. Die Firma KMW beschäftigt aktuell am Standort München 1.867 Personen, davon arbeitet ca. jeder vierte im gewerblichen Bereich; zudem werden aktuell ca. 42 Personen ausgebildet. Am Standort Allach erfolgt die Fertigung des Puma und Leopard 2, der Prototypenbau für Neuentwicklungen, Softwareentwicklung für Führungssysteme, Fahrzeugsteuerung. Neben den „geräuschintensiven“ Kettenfahrzeugen werden hier auch diverse militärische Radsysteme gefertigt und in Betrieb genommen.

KMW ist am Standort München für viele Betriebe Auftraggeber und entwicklungstechnischer Partner (z.B. IABG, Airbus, Schleifring, ESG, Renk, MTU).

## **2. Hintergrund Bedeutung der Panzerteststrecke**

Die Teststrecke in München-Allach wurde 1964 errichtet, um für die Serienfertigung der Leopard 1 Panzer standardisierte Abnahme- und Qualitätssicherungsbedingungen zu schaffen. Durch die Änderung des Immissionsschutzrechtes unterfiel die Teststrecke ab 2003 der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht. Der Gesetzgeber räumte allerdings die Möglichkeit ein, den Betrieb einer bestehenden Anlage lediglich anzuzeigen (sog. Altanlagenanzeige nach § 67 Abs. 2 BImSchG), wenn diese legal errichtet wurde. Die Panzerteststrecke wurde seinerzeit ohne Baugenehmigung, aber in Abstimmung mit den städtischen Behörden erstellt. Nach Aktenlage schien damals – ca. 1 ½ Jahre nach Einführung der Bayerischen Bauordnung 1962 – die Rechtslage nicht eindeutig. Gemäß einer internen Prüfung im Jahr 2004 ging die Lokalbaukommission in einer Mitteilung an das Referat für Umwelt und Gesundheit jedenfalls noch von einer legalen, weil seinerzeit verfahrensfreien Errichtung aus. Bedingt durch die bauplanungsrechtlichen Umstrukturierungen im räumlichen Umfeld von KMW („Diamant Gelände“) beabsichtigte das Unternehmen, für die Panzerteststrecke über die Altanlagenanzeige nach § 67 BImSchG hinaus

eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung nach § 4 BImSchG zu erlangen, die dann zum Bestandsschutz der Anlage führen würde.

Das Thema Panzerteststrecke steht als Teil eines Fahrzeug Test-Centers für die hohe Kompetenz am Standort, komplexe Systeme in Ihrer Gesamtheit zu untersuchen: Optische Auflösungen, dynamisches Verhalten von stabilisierten Systemen, die Einhaltung von elektromagnetischen Bestimmungen und die Funktionalität von Systemen auch bei Einstrahlung von elektromagnetischen Störungen. Hierzu verfügt KMW am Standort über ein in Europa führendes Testlabor. Diese enge Verzahnung von verschiedenen Disziplinen zur Beurteilung von Gesamtsystemen ist das Besondere am Standort Allach. Dies ist auch die Grundlage dafür, dass das technologisch ambitionierte deutsch- französische Programm MGCS – das Kettenfahrzeugsystem der nächsten Generation „Leo 3“ – auch am Standort München betreut wird.

Für das Unternehmen KMW ist die Testkompetenz am Standort ein zentrales Merkmal für die zukunftsfähige Weiterentwicklung des Standortes Allach und zwingende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Systemkompetenz am Standort. Gerade auch die durch den russischen Angriffskrieg grundlegend geänderte Sicherheitslage macht deutlich, wie sehr die Bundeswehr sowie weitere Bündnispartner auf leistungsfähige und innovative Rüstungsunternehmen wie KMW angewiesen sind, um die Streitkräfte so auszurüsten zu können, dass sie ihren sicherheitspolitischen Auftrag erfüllen können. Die seit Jahren bestehende Unklarheit darüber, ob und in welchem Umfang KMW diese Teststrecke weiter nutzen kann, erschwert es jedoch dem Unternehmen KMW zusehends, weichenstellende Investitionsentscheidungen für die Zukunft zu treffen und gefährdet damit letztlich den Standort Allach mit den dort vorhandenen Arbeitsplätzen und damit auch das von KMW entrichtete Gewerbesteueraufkommen. Darüber hinaus zeigt die vorliegende Petition, in welchem Maße mittlerweile auch die Belegschaft von KMW verunsichert ist, weil mit der noch ungeklärten Genehmigungssituation die Gefahr einhergeht, dass der Betrieb der KMW am Standort München Allach ggf. so nicht weitergeführt werden kann.

### **3. Aktueller Sachstand des BImSch-Verfahrens:**

Die Firma KMW hat sich Ende 2017 an die Landeshauptstadt München gewandt, mit dem Ziel einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die bestehende Panzerteststrecke. Seit der Erstbeantragung wurde der Antrag seitens KMW mehrfach modifiziert. Der Antrag auf Genehmigung der Panzerteststrecke und die Diskussion hierüber stieß in den sozialen Medien auf ein geteiltes Echo, das von strikter Ablehnung bis hin zu einer positiven Einstellung dem Vorhaben gegenüber reichte. Auch im Stadtteil Allach wurde der Antrag bei öffentlichen Veranstaltungen sehr kontrovers diskutiert. Es kam bei Bürgerversammlungen zu Protesten, insbesondere weil beim Betrieb der Anlage Lärmemissionen entstehen, die von der angrenzenden Bevölkerung als nicht hinnehmbare Belästi-

gung und Beeinträchtigung empfunden werden, gerade auch wegen des tieffrequenten Schalls, der vom Testbetrieb ausgehe.

In der Folge hat sich eine Bürgerinitiative („BI Schule statt Panzer“) gebildet, die sich gegen eine Legitimierung der Teststrecke ausspricht und vehement eine Stilllegung bzw. Untersagung des Weiterbetriebs fordert.

Seit 08.01.2021 liegt auch eine Petition gegen den Weiterbetrieb der Teststrecke beim Ausschuss für Eingaben und Beschwerden des Bayerischen Landtages vor. Im Petitionsverfahren ist das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) erstmals zur Auffassung gelangt, dass die Gesamtanlage „Panzerteststrecke“ von Anbeginn an einer Baugenehmigungspflicht unterlegen hätte und daher die Altanlagenregelung (Anzeige nach BImSchG) keine Anwendung findet. Die Anlage sei derzeit somit als formell und materiell illegal anzusehen und genieße keinen Bestandsschutz. Die Anlage sei aber baurechtlich grundsätzlich zulässig gem. § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB und es lägen keine offensichtlichen Punkte vor, die gegen die baurechtliche und immissionschutzrechtliche Genehmigungsfähigkeit sprächen. Auf jeden Fall muss daher das baurechtliche Genehmigungsverfahren im laufenden BImSch-Verfahren nachgeholt werden. Alle bisher im Lauf des Verfahrens eingereichten Unterlagen und Gutachten müssen entsprechend aktualisiert und wesentliche Verfahrensschritte, z.B. die Öffentlichkeitsbeteiligung, nochmals wiederholt werden. Die Stadt München hatte bis dahin stets – auch gegenüber der Antragstellerin – die Auffassung vertreten, dass die Teststrecke legal errichtet worden sei. Trotz gegenteiliger Rechtsauffassung wurden die für diesen modifizierten Antrag erforderlichen Unterlagen Ende Mai/Anfang Juni 2022 von der Antragstellerin eingereicht. Weiterer Klärungsbedarf ist entstanden, weil das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) die Lärmthematik hinsichtlich der zulässigen Rundenzahl inzwischen anders beurteilt, als das von KMW beauftragte Gutachterbüro. Sämtliche Antragsunterlagen und Gutachten wurden und werden daher nun weiterhin behördenseitig eingehend geprüft. Die endgültige Entscheidung berücksichtigt alle eigenen und gewonnenen Erkenntnisse, Stellungnahmen beteiligter Behörden, Fachstellen und des Bezirksausschusses sowie die Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung. Jedoch können Argumente, wie der wirtschaftspolitisch gewünschte Erhalt von industriellen Arbeitsplätzen in diesem Verfahren nicht berücksichtigt werden. Das Genehmigungsverfahren wird jedoch aufgrund der noch erforderlichen Klärungen der aktualisierten Antragsunterlagen (inkl. Bauantrag), der laufenden Petition sowie der eingereichten Klage auf Stilllegung derzeit noch unbestimmte Zeit in Anspruch nehmen.

#### **4. Behandlung der Petition:**

Das in der Petition der IG Metall zum Ausdruck gebrachte Anliegen, die Landeshauptstadt München möge alles notwendige tun, um die Panzerteststrecke zu erhalten und das Genehmigungsverfahren schnell abzuschließen, betrifft ein laufendes Verwaltungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, für das das RKU als Genehmigungsbehörde

zuständig ist. Die Durchführung des Verfahrens fällt somit als ein Geschäft der laufenden Verwaltung nicht in den Zuständigkeitsbereich des Stadtrats. Nach der mit Beschluss der Vollversammlung vom 25.03.2015 geregelten Vorgehensweise ist die Petition im Falle der Unzuständigkeit des Stadtrats an die Verwaltung weiterzuleiten.

Das RKU hat jedoch bereits deutlich gemacht, dass es der Aufforderung, alles notwendige für den Erhalt der Teststrecke zu tun und so die Arbeitsplätze zu sichern, als Genehmigungsbehörde nicht nachkommen kann. Bei der Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung handelt es sich um eine gebundene Entscheidung. Demnach hat der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf die Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung (ggf. mit entsprechenden Auflagen), wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen. Bei der Entscheidung steht dem RKU allerdings kein Ermessensspielraum zur Verfügung.

Anhörungsrechte eines Bezirksausschusses sind nicht gegeben.

Die Sitzungsvorlage ist mit dem Referat für Klima- und Umweltschutz und dem Planungsreferat abgestimmt.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Pretzl, und die Verwaltungsbeirätin für Wirtschaftsförderung, Frau Stadträtin Neff, haben jeweils einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Die Petition wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat befürwortet nachdrücklich alle Maßnahmen der Verwaltung, die zur Sicherung der derzeit 1.867 Arbeitsplätze bei KMW am Standort Allach beitragen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, der Petentin das Ergebnis der Stadtratsbefassung mitzuteilen.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III. Beschluss** nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat/-rätin

Clemens Baumgärtner  
Berufsm. StR

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z.K.

**V. Wv. RAW - FB 2/6**

zur weiteren Veranlassung.

Zu V.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das Referat für Klima- und Umweltschutz

An das Planungsreferat

z.K.

Am